



Wie umgehen mit Abschiebungen und Dublin III?

Mit der Dublin-III-Verordnung will Europa seine Außengrenzen schützen. Wenn es Flüchtlingen gelingt, die mit Zäunen und High-Tech-Überwachung abgeriegelten EU-Außengrenzen zu überwinden, landen sie zunächst in den Staaten am Rand der Europäischen Union. In vielen dieser Staaten sind die Aufnahmebedingungen katastrophal. In Ländern wie Bulgarien, Malta oder Griechenland droht Flüchtlingen die Haft. In Italien leben Flüchtlinge - da Aufnahmeplätze fehlen - häufig ohne jede Unterstützung auf der Straße. Viele Schutzsuchende fliehen daher weiter in andere europäische Länder. Wenn sie jedoch zuvor in einem anderen Land bereits registriert worden sind, werden sie in der Regel in dieses Land zurückgeschoben. Deutschland setzt auf Dublin III, um Flüchtlinge fernzuhalten.

Der Freundeskreis Asyl Ostfildern hält die Dublin-III-Verordnung für ein Armutszeugnis Europas. Selbst Kanzlerin Merkel hat inzwischen eingestanden, dass „wir zum Beispiel zu lange gewartet haben, bis wir uns wirklich der Flüchtlingsfrage gestellt haben“. ¹⁾ Und man habe politisch zu spät reagiert: „Auch ich habe mich lange Zeit gerne auf das Dublin-Verfahren verlassen, das uns Deutschen – einfach gesprochen – das Problem abgenommen hat“. ²⁾ Allerdings scheint sich die Politik nicht wirklich vom Dublin-Verfahren verabschieden zu wollen. Im Gegenteil: Die Europäische Kommission arbeitet bereits an einer Verschärfung. Mehr dazu unter

<http://fluechtlingsrat-bw.de/informationen-ansicht/dublin-iv.html>

Baden-Württemberg ist dazu übergegangen, verstärkt abzuschieben. So wurden nach einem Bericht der Stuttgarter Zeitung (STZ) ³⁾ von Januar bis Ende September 2016 landesweit 2.707 abgelehnte Asylbewerber abgeschoben, 65 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Allerdings seien, so heißt es in der STZ, auch die Programme zur freiwilligen Rückkehr von Flüchtlingen erfolgreich: Im ersten Halbjahr 2016 habe es 5.747 vom Land und Bund geförderte Ausreisen gegeben, im gesamten Jahr 2015 waren es 6.309. ⁴⁾

Wie gehen wir als Freundeskreis, der sich der Unterstützung der Flüchtlinge bei der Integration verschrieben hat, generell mit Abschiebungen und mit Rückschiebungen im Rahmen des Dublin-Verfahrens um?

Rechtliche Möglichkeiten ausschöpfen

Grundsätzlich: Der Freundeskreis Asyl entscheidet nicht über das Bleiberecht und hält sich an die Gesetze. Wir müssen – auch wenn das im Einzelfall sehr hart sein kann – damit leben und umgehen lernen, dass nicht alle der von uns betreuten Flüchtlinge bleiben können.

Der Vorstand des Freundeskreises hat sich von Andreas Linder beraten lassen, der lange beim Flüchtlingsrat war und inzwischen bei der Arbeiterwohlfahrt Mitarbeiter schult. Andreas Linder empfiehlt, die rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und vor allem nicht über die Köpfe der Flüchtlinge hinweg zu handeln. Hier kommt vor allem das Hauptamt ins Spiel, in Ostfildern ist das die AWO. Die Mitarbeiterinnen der AWO können

hier beraten, beispielsweise auch zu den Möglichkeiten der freiwilligen Ausreise. Die Flüchtlinge sollen in die Lage versetzt werden, selbst zu entscheiden. Dies ist nicht Sache der Ehrenamtlichen.

Die Ehrenamtlichen können unterstützen im Vorfeld bei der Sprachförderung, der Arbeitsmarktintegration oder bei der Vorbereitung zur Anhörung, wie es das DATWifi-Team in hervorragender Weise macht.

Andreas Linder rät davon ab, als Freundeskreis Asyl zu Aktionen zur Verhinderung von Abschiebungen aufzurufen. Wenn dies kleinere Gruppen nur in gut begründeten Fällen machen wollen, dann in eigener Verantwortung und nach Anmeldung bei der Stadt (Versammlungsrecht!).

Beachtet werden sollte aber immer, dass solche Aktionen dem einzelnen Flüchtling schaden können: Eine Inhaftnahme und eine Zwangsabschiebung können traumatisch wirken. Zudem wird in solchen Fällen immer ein längerfristiges Einreiseverbot verhängt.

In begründeten Fällen sind auch Anträge bei der Härtefallkommission möglich.

Beim Flüchtlingsrat Baden-Württemberg werden auf Anfrage zum Thema „Rechtsschutz im Asylverfahren“ Fortbildungen angeboten. Andreas Linder könnte eine solche Fortbildung ebenfalls anbieten. Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg könnte wegen eines Zuschusses angefragt werden.

Weitere Infos dazu unter

https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2014/02/Italienbericht_FINAL_15MAERZ2011.pdf .

<https://www.proasyl.de/?s=Abschiebungen+nach+Italien>

<https://www.wir-treten-ein.de/hintergrund/>

<http://www.asyl.net/?id=128>

<https://www.proasyl.de/?s=Dublin+III>

- 1) Süddeutsche Zeitung vom 21.09.2016
- 2) ebd.
- 3) Stuttgarter Zeitung vom 12.10.2016
- 4) ebd.